

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

23. Februar 2015

### Afghanistan

#### Zahl der zivilen Opfer erreichte 2014 Höchststand

Im vergangenen Jahr hat der Afghanistan-Krieg mehr zivile Opfer gefordert als je zuvor seit Beginn der systematischen UN-Erhebung im Jahre 2009. So seien 3.699 Zivilisten im Jahre 2014 getötet und 6.849 verwundet worden, teilte die UN-Mission (UNAMA) am 18.02.15 in Kabul mit. Verglichen mit den Erhebungen im Jahre 2013 habe die Zahl der Toten damit um 1/4 zugenommen, die der Verwundeten um 1/5 (21 %). Der Anstieg beruhe insbesondere auf zunehmenden Bodengefechten, die mit 34 % erstmals die meisten der zivilen Opfer forderten. Vor allem regierungsfeindliche Kräfte wie die Taliban seien für 72 % der im Jahre 2014 getöteten oder verwundeten Unbeteiligten verantwortlich, so die UNAMA in ihrem Jahresbericht zum Schutz von Zivilisten in Afghanistan. Dem Bericht zufolge waren für 12 % die afghanischen Sicherheitskräfte verantwortlich und für 2 % die internationalen Truppen, deren Kampfeinsatz Ende des Jahres auslief. Die verbliebenen Opfer konnten keiner Konfliktpartei zugeordnet werden. Seit Beginn der systematischen Erhebung im Jahre 2009 registrierten die UN 17.774 getötete Zivilisten in Afghanistan. 29.971 Zivilisten wurden demnach verwundet.

#### Taliban – Interesse an Friedensverhandlungen?

Die Taliban sollen Interesse an Friedensverhandlungen bekundet haben. Berichte, dass schon am 19.02.15 erste Gespräche mit den USA in Doha stattfinden sollten, dementierten die USA. Man unterstütze die Bemühungen der afghanischen Regierung nach eigenen Gesprächen.

#### Anschlag auf Polizeiwache und Offensive gegen Taliban in Helmand

Mindestens 20 Menschen wurden bei einem Selbstmordanschlag der Taliban am 17.02.15 in der Provinz Logar getötet. Die Polizeistation in Pul-i-Alam war Ziel des Angriffs der als Polizisten verkleideten Attentäter. Mindestens 76 Taliban-Kämpfer sind durch eine Großoffensive der afghanischen Sicherheitskräfte ums Leben gekommen. Dieser erste Großangriff der Streitkräfte, seit Ende des ISAF-Kampfeinsatzes hatte zum Ziel, die Taliban vor Beginn ihrer Frühjahrsoffensive im April entscheidend zu schwächen.

### Pakistan

#### Impfhelfer ermordet

Die Leichen von vier Mitarbeitern einer Impfkampagne gegen Polio wurden nach Behördenangaben am 18.02.15 in der Provinz Belutschistan gefunden. Das Team – ein Arzt, ein Fahrer, zwei Polizisten – war am 14.02.15 im Bezirk Zhob entführt worden. Die Behörden machen Aufständische für die Tat verantwortlich.

#### Anschläge

In Lahore starben am 17.02.15 bei einem Selbstmordanschlag vor einer Polizeistation mindestens fünf Menschen, 23 wurden verletzt. Am 18.02.15 kamen bei einem Anschlag auf eine schiitische Moschee in Islamabad mindestens drei Personen ums Leben, mindestens zwei wurden verletzt. Eine Talibangruppe bekannte sich zu der Tat. Am 22.02.15 starb in der Stadt Chaman/Belutschistan ein Kind, neun Personen wurden verletzt, als eine Bombe an einem parkenden Motorrad in einem belebten Viertel mit mehreren Hindu-Tempeln explodierte. Bisher bekannte sich niemand zu der Tat.

## **Irak**

### **Allgemeine Lage**

Nach wie vor wird täglich von Kampfhandlungen und Anschlägen berichtet. Der Zählung von Iraq Body Count zufolge wurden im Februar (Stand: 20.02.15) bisher 958 Zivilpersonen getötet.

Berichten von Augenzeugen zufolge sollen Kämpfer des IS am 17.02.15 in der Provinz Anbar zwischen 30 und 45 Zivilpersonen durch Verbrennen öffentlich hingerichtet haben. Ihnen sei vorgeworfen worden, mit den irakischen Sicherheitskräften zusammengearbeitet zu haben.

Laut dpa-Meldung vom 20.02.15 sollen Kämpfer des IS ebenfalls in der Provinz Anbar 150 Gefangene getötet haben. Bei den Opfern soll es sich vor allem um Angehörige eines Stammes handeln, der an der Seite der irakischen Armee gegen den IS kämpfte. Unter den Toten seien auch Kinder.

Laut einer dpa-Meldung vom 22.02.15 soll sich der IS nun auch durch den „Verkauf“ von Leichen finanzieren. Leichen kurdischer Gegner würden den Angehörigen für 10.000 bis 20.000 Dollar zum „Kauf“ angeboten. Eine unabhängige Bestätigung fehlt.

Die Einnahmen der Jihadisten sollen zuletzt stark eingebrochen sein, u.a. aufgrund der Angriffe der Anti-IS-Koalition. Der IS habe wegen der angespannten Finanzlage die Gehälter ihrer Kämpfer schon bis um zwei Drittel gekürzt.

### **Bahrein beteiligt sich an IS-Bekämpfung**

Laut Pressemeldung vom 16.02.15 beteiligt sich nun auch Bahrain mit Luftangriffen am Kampf gegen den IS.

## **Türkei**

### **Abkommen zur Ausbildung syrischer Rebellen**

Am 19.02.15 erklärten der türkische Außenminister sowie der amerikanische Botschafter in Istanbul, beide Länder hätten ein Abkommen zur gemeinsamen Ausbildung und Bewaffnung gemäßigter syrischer Rebellen unterzeichnet. Demnach sollen in den kommenden drei Jahren etwa 5.000 Kämpfer pro Jahr für den Kampf gegen den IS und nach türkischen Angaben auch gegen die syrische Regierung unter Assad ausgebildet werden. Das Pentagon kündigte zudem an, im Kampf gegen den IS 400 Soldaten als Ausbilder in die Region zu schicken. Um die Front gegen den IS zu stärken, sollen die Rebellen auch bewaffnet werden. Schon im März könne das Training beginnen.

### **Streit um Demonstrationsstrafrecht**

Vergangene Woche gab es zwei Prügeleien im türkischen Parlament. Abgeordnete der AKP und der Opposition stritten sich heftig wegen eines Gesetzesentwurfs zur Ausweitung des Demonstrationsstrafrechts. Kernstück des 132 Artikel umfassenden Entwurfs der Regierungspartei AKP sind Strafverschärfungen sowie größere Vollmachten für die Sicherheitskräfte. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass die Polizei Demonstranten bis zu 48 Stunden in Haft nehmen kann, ohne dass ein Staatsanwalt oder ein Richter eingeschaltet werden muss. Er enthält zudem ein Vermummungsverbot, wonach selbst bei einer teilweisen Bedeckung des Gesichts mit einem Schal Haftstrafen von bis zu fünf Jahren drohen können, wenn eine Kundgebung als Unterstützungsveranstaltung für eine Terrororganisation eingestuft wird. Für das Mitführen einer Steinschleuder soll eine Strafe von mehr als zwei Jahren Haft möglich sein. Polizisten sollen befugt werden von ihrer Schusswaffe Gebrauch zu machen, wenn Demonstranten Brandsätze zünden. Die Opposition warnte vor einem Abgleiten in einen Polizeistaat.

### **EGMR zum Religionsunterricht**

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg hat die Türkei nach Medienberichten vom 19.02.15 dazu aufgefordert, den Islamunterricht als Pflichtfach an staatlichen Schulen abzuschaffen. Grundlage für das Urteil war die Klage türkischer Aleviten, einer liberalen Richtung des Islam, gegen die Teilnahme alevitischer Schüler am Pflichtfach Religion. Lediglich jüdische und christliche Schüler sind bisher von

der Teilnahme befreit. Alevitische Gläubige äußern immer wieder Vorwürfe, sie würden von der sunnitischen Mehrheit diskriminiert.

Die Straßburger Richter hatten bereits im September 2014 entschieden, dass die Kinder der über zehn Millionen Aleviten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden dürfen. Das Gericht forderte Ankara auf, Kinder auch dann vom Religionsunterricht zu befreien, wenn die Eltern ihre eigenen religiösen Überzeugungen nicht offenlegen. Ministerpräsident Davutoglu erklärte, religiöse Grundkenntnisse seien selbst für Atheisten wichtig und legte Widerspruch gegen die Entscheidung ein. Dieser wurde jetzt von der Großen Kammer des Gerichts zurückgewiesen. Als Mitglied des Europarats ist die Türkei an die Entscheidung gebunden. Die islamisch-konservative Regierung lehnt die Umsetzung des Urteils bisher ab.

### **Rückgabe von Immobilien**

Nach einem Bericht der armenische Zeitung Ago vom 10.02.15 haben die Behörden in den vergangenen sieben Jahren ca. 1.000 beschlagnahmte Immobilien an christliche und jüdische Gemeinden zurückgegeben. Nach der Änderung des Stiftungsgesetzes im Jahr 2008 sei mit Rückgaben begonnen worden. Ein Erlass 2011 beschleunigte das Verfahren. Viele der Beschlagnahmen gehen auf die 1930er Jahre zurück, als Nicht-Muslime ihren Besitz offenlegen mussten und dann viele Immobilien dem Staat zugeschlagen wurden.

## **Syrien/Türkei**

### **Türkei evakuiert seine Soldaten aus türkischer Exklave**

In der Nacht zum 22.02.15 schickte die Türkei 527 türkische Soldaten, 39 Kampfpanzer und 57 gepanzerte Fahrzeuge nach Syrien, um 38 türkische Soldaten zu evakuieren, die das Grabmal von Suleiman Shah nahe der Stadt Kobane bewacht hatten. Dieser gilt als Großvater des Gründers des Osmanischen Reiches. Auch die Gebeine des Suleiman Shah, der 1236 im nahen Euphrat ertrunken sein soll, wurden „zeitweise“ in die Türkei gebracht und sollen an einem anderen Ort in Syrien (Eschme, ca. 200 Meter von der türkischen Grenze) in einem neuen Mausoleum beigesetzt werden. Das ursprüngliche Mausoleum wurde nach der Evakuierung der Soldaten zerstört. Momentan kontrolliert der IS das Gebiet um das Grabmal, die Kämpfe dort nahmen seit Januar zu. Aufgrund der verschlechterten Situation habe das türkische Parlament die Regierung ermächtigt, militärisch einzugreifen. Die syrische Regierung, die zwar informiert war, jedoch nicht zugestimmt hatte, sprach von einer „eklatanten Aggression“. Der Einsatz sei ein klarer Verstoß gegen die 1921 vereinbarten Regeln zum Umgang mit dem Mausoleum.

## **Syrien**

### **Aleppo: Regierung zu Waffenruhe bereit/Kämpfe in Stadt und Provinz**

Nach Angaben des UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura, vom 17.02.15 ist die Regierung dazu bereit, die Luftangriffe auf Aleppo und den Artilleriebeschuss auszusetzen, um eine lokale humanitäre Waffenruhe zu ermöglichen. Der Beginn der geplanten sechswöchigen Feuerpause soll in Damaskus bekannt gegeben werden. Auch die Rebellengruppen werden dann aufgefordert, Granaten- und Raketenangriffe einzustellen. In der Provinz Aleppo kämpfen Regierungstruppen, unterstützt durch die Hizbollah, gegen zahlreiche Rebellengruppen, u. a. die Jabhat al-Nusra. Am 17.02.15 starteten Regierungssoldaten eine neue Offensive auf die von Rebellen kontrollierten Viertel der Stadt, wobei ca. 100 Personen ums Leben gekommen sein sollen. Aleppo ist seit Juli 2012 de facto geteilt, im Osten kontrollieren die Rebellen, im Westen die Regierung. In den letzten Tagen gab es Kämpfe um drei Dörfer nördlich von Aleppo an einer Nachschubroute der Rebellen zur syrisch-türkischen Grenze. Anfängliche Geländegewinne konnte die Regierung laut Angaben der Rebellen nicht halten. Insgesamt sollen in der Provinz beim jüngsten Angriff auf Seiten der Regierung 129 und bei den Rebellen 116 Personen getötet worden sein. In der Provinz Aleppo steht der Osten unter der Kontrolle der Regierung, der Westen unter der der Rebellen.

### **Foto soll auf Situation in Duma aufmerksam machen**

Syrische Aktivisten wollen durch ein Foto von Kindern in einem Käfig, denen ein Unbekannter mit Verbrennung droht, Aufmerksamkeit für die Situation in Duma (Vorort von Damaskus, in dem seit zwei Jahren die „Freie Syrische Armee“ herrscht) wecken. Seit Anfang Februar 2015 sollen dort allein mehr als 200 Menschen bei Luftangriffen getötet worden sein, darunter mehr als 60 Frauen und Kinder. Tausende leiden

an Hunger, da das Regime die Zugangsstraßen gesperrt hat und kaum Lebensmittel in die Stadt lässt. Dazu heißt es: „IS ermordet ein oder zwei Leute – und schon berichten alle Medien. Aber wenn Assad und seine Armee vor euren Augen Hunderte tötet, schaut ihr einfach nur zu.“

## **Iran**

### **Bekanntgabe der nächsten Parlamentswahl und Wahl des Expertenrates**

Am 20.02.15 gab der iranische Wächterrath das Datum für die nächste Parlamentswahl in Iran bekannt. Am 26.02.16 soll neben der Wahl der Abgeordneten auch über die Konstellation des Expertenrates (Majlis-e Chobregan-e Rahbari) abgestimmt werden. Die 86 Mitglieder des Rates sollen, nach Art. 111 der iranischen Verfassung, das geistliche Oberhaupt benennen. Sie werden alle acht Jahre vom Volk gewählt.

## **Jemen**

### **Konfliktparteien einigen sich auf Übergangsrath**

Mit dem Ziel um eine Beilegung des Konflikts gibt es nach Beurteilung der UN einen Durchbruch. Die Konfliktparteien sind übereingekommen, einen Übergangsrath zu bilden, der das Land gemeinsam mit dem Parlament aus der Krise führen solle, so der UN-Vermittler Jamal Benomar.

### **Ex-Präsident Hadi bekräftigt Machtanspruch**

Die politische Krise hat sich am vergangenen Wochenende verschärft. Nach der Flucht des von den Houthis-Rebellen in der Hauptstadt Sanaa abgesetzten Präsidenten Abd-Rabbo Mansour Hadi in die Stadt Aden (Süd-jemen) droht dem Land die Spaltung. Hadi war am 21.02.15 nach eigenen Aussagen aus dem Hausarrest entkommen. Aden ist die Heimatstadt Hadis und wird von Regierungstruppen kontrolliert, die ihn weiterhin unterstützen.

## **Libyen**

### **IS-Ableger erobert die Hafenstadt Sirte**

Anhänger des libyschen Ablegers des IS ergreifen offenbar die Macht in der Hafenstadt Sirt. Angaben der libyschen Nachrichtenseite „Al-Wasat“ zufolge seien am 19.02.15 örtliche Verwaltungsgebäude sowie ein lokaler Radiosender übernommen und der Betrieb der Universität von Sirte eingestellt worden. Die Eroberung der Hafenstadt bedeutet eine Einflussvergrößerung des IS, da Sirte ein strategisch wichtiger Knotenpunkt an der Küstenstraße zwischen Tripolis und Erdölterminals ist.

### **Bei Bombenexplosionen in Ostlibyen mehr als 40 Tote**

In der Ortschaft Al-Koba, etwa 30 Kilometer westlich der Stadt Derna, wurden bei der Detonation mehrerer Autobomben mindestens 40 Menschen getötet und bis zu 70 Menschen verletzt. Die Bomben explodierten gleichzeitig am Hauptsitz der örtlichen Polizei, am Haus des Vorsitzenden der international anerkannten Regierung in Tobruk und an einer Tankstelle. Ein libyscher Ableger des IS übernahm die Verantwortung. Es handele sich um Vergeltung für die ägyptischen und libyschen Luftangriffe vom 16.02.15 auf Positionen der IS in Derna.

### **Anschlag auf iranische Botschaft in Tripolis**

Der IS in der Region Tripolis hat sich zu dem Bombenanschlag am 22.02.15 auf die iranische Botschaft in Tripolis bekannt. Angaben von Sicherheitskräften zufolge habe sich zum Zeitpunkt der Detonation niemand im Botschaftsgebäude aufgehalten. Es sei nur geringer Sachschaden entstanden, niemand sei verletzt worden.

## **Tunesien**

### **Anschlag im Grenzgebiet zu Algerien**

Angaben des Innenministeriums zufolge wurden bei einem Angriff von etwa 20 Bewaffneten auf einen Kontrollpunkt in Boulaaba im Verwaltungsgebiet Kasserine in der Nacht zum 18.02.15 vier Polizisten getötet. Die Bergregion der Chaambi Mountains gilt als Hochburg der al-Qaida-nahen Jihadisten-Gruppe Phalange Okba ibn Nafaa. Seit 2012 ging das tunesische Militär wiederholt mit Luft- und Bodenangriffen gegen die Gruppe vor.

## **Somalia**

### **Politiker bei Anschlag in Mogadischu getötet**

Bei einem Selbstmordanschlag am 20.02.15 auf ein Treffen von Spitzenpolitikern im Central Hotel nahe dem Präsidentenpalast starben 25 Personen. Unter den Todesopfern sollen zwei Parlamentsabgeordnete, der stellvertretende Bürgermeister von Mogadischu, der Privatsekretär des Ministerpräsidenten und der Kabinettschef des stellvertretenden Ministerpräsidenten sein. Mehrere Minister wurden verletzt. Es handelte sich um den blutigsten Anschlag seit knapp zwei Jahren. Zum Anschlag bekannte sich die al-Shabaab. Die Täter, ein Mann und eine Frau, sollen nach Informationen des somalischen Geheimdienstes sowohl die somalische als auch die niederländische Staatsangehörigkeit gehabt haben.

## **Südsudan**

### **Schüler entführt**

Nach Angaben von UNICEF vom 21.02.15 entführten Unbekannte in der Stadt Wau Shilluk im Bundesstaat Upper Nile mindestens 89 Schüler. Bewaffnete durchsuchten die Stadt Haus für Haus und nahmen Jungen mit, die älter als zwölf Jahre waren. Unklar ist, welcher Gruppierung die Täter angehörten. Die Kinder sollen möglicherweise als Kindersoldaten eingesetzt werden.

Die Region steht unter Kontrolle von Johnson Olony (Uliny), einem Milizenführer, der die Regierung in Juba unterstützt. Nach Schätzungen von UNICEF setzten die Konfliktparteien in Südsudan mindestens 12.000 Kindersoldaten ein.

## **Nigeria**

### **Rückeroberung der Städte Baga, Monguno und Marte**

Am 21.02.15 eroberte die Armee unter Einsatz der Luftwaffe die Stadt Baga am Tschadsee aus den Händen der islamistischen Boko Haram zurück. Baga und die Nachbarstadt Doron Baga waren Anfang Januar 2015 von deren Kämpfern eingenommen worden. Hierbei waren mehrere Hundert Einwohner getötet worden.

Bereits am 16.02.15 war der Armee die Rückeroberung der Kleinstadt Monguno (etwa 140 km nördlich von Bornos Hauptstadt Maiduguri) aus den Händen der Boko Haram gelungen. Monguno, das als wichtiger Verkehrsknotenpunkt von strategischer Bedeutung ist, war Ende Januar 2015 von den Terroristen eingenommen worden. Ebenfalls konnte die Stadt Marte, Verwaltungssitz der Marte Local Government Area, zurückerobert werden. Laut Militärangaben vom 18.02.15 sollen seit dem 16.02.15 bei Militäroperationen über 300 Kämpfer der Boko Haram getötet worden sein.

### **Angriffe und Selbstmordanschläge der Boko Haram**

Am 22.02.15 gegen 13:30 Uhr sprengte sich in der Stadt Potiskum (nordöstlicher Bundesstaat Yobe) ein etwa sieben Jahre altes Mädchen vor einem Markt für Handys in die Luft, nachdem es am Betreten des Marktes aufgrund ihres Alters gehindert worden war. Außer der Attentäterin starben mindestens fünf Menschen. Bereits am 17.02.15 gegen 17 Uhr hatte sich in Potiskum ein Selbstmordattentäter in einem Lokal der Kette Al-Amir in die Luft gesprengt. Bei dem Anschlag wurden zwei Mitarbeiter des Lokals getötet sowie 13 Personen verletzt. Ebenfalls am 17.02.15 gegen 13 Uhr zündeten drei Attentäter in einer motorisierten Rickscha an einem Straßenkontrollposten beim Dorf Yamarkumi (Nähe Biu, zweitgrößte Stadt des nordöstli-

chen Bundesstaates Borno) mehrere Sprengsätze. Es wurden laut Krankenhausangaben 36 Menschen getötet und 20 verletzt.

Nach einer Offensive der Armee am 19.02.15 auf Trainingslager und Verstecke der Boko Haram im Sambisa Wald (Bundesstaat Borno) griffen geflüchtete Boko-Haram-Kämpfer am 20.02.15 die Dörfer Gatamarwa, Makalama und Layhawul (nahe der Stadt Chibok) an. Sie töteten 21 Einwohner.

### **Boko-Haram-Anführer Shekau droht mit Verhinderung der Wahlen**

In einem am 17.02.15 erstmals auf Twitter veröffentlichten Video drohte der Boko-Haram-Anführer Shekau die aus Sicherheitsgründen auf den 28.03.15 verschobenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu verhindern. Er sagte: „Diese Wahl wird nicht stattfinden, auch wenn wir tot sind“.

### **58 Tote im Vorfeld der Wahlen**

Am 13.02.15 gab der Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission (NHRC) bekannt, dass seit dem 03.12.14 im Vorfeld der auf den 28. März verschobenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 58 Personen in 22 Bundesstaaten durch mit den Wahlen zusammenhängende Gewalt getötet wurden.

## **Kamerun**

Am 16.02.14 gab die Armee bekannt, dass rund 1.000 Menschen festgenommen wurden, die Kontakte zur islamistischen Boko Haram haben sollen. Zudem habe es in der Region Extrême-Nord im Gebiet von Waza eine Reihe von Kämpfen gegeben. Hierbei seien rund 100 Terroristen und fünf Soldaten getötet worden.

## **Ghana**

### **Muslime demonstrieren gegen Diskriminierung**

Einige Hundert Muslime demonstrierten am 20.02.15 in Sekondi-Takoradi (Western Region) gegen Diskriminierung durch die christliche Mehrheit. So würden nach Darstellung muslimischer Führer beispielsweise mancherorts muslimische Schüler an christlichen Schulen gezwungen, christliche Gottesdienste zu besuchen. Muslimische Parlamentsabgeordnete brachten diese Praxis am 18.02.15 vor den National Peace Council, eine Einrichtung, die friedliche Lösungen von Konflikten im Lande fördern soll. Fast 71 % der etwa 25 Millionen Ghanaer sind Christen, 18 % sind Muslime.

## **Togo**

### **Schulen nach Protesten vorübergehend geschlossen**

Togos Behörden schlossen am 17.02.15 aus Sicherheitsgründen vorübergehend alle öffentlichen und privaten Schulen, weil Schüler in der Hauptstadt Lomé demonstrierten. Lediglich Universitäten wurden von der Schließung ausgenommen. Die Schüler protestierten gegen Unterrichtsausfall durch wiederholte Streiks der Lehrerschaft und forderten u.a. die Erfüllung der Forderungen der Lehrer nach Gehaltserhöhungen. Am 23.02.15 öffneten die Schulen wieder.

## **Westafrika/Ebola**

### **Ebola Lagefortschreibung**

Nach einem ersten Rückgang verzeichnet die WHO seit zwei Wochen wieder einen deutlichen Anstieg der Ebola-Neuinfektionen in Guinea und Sierra Leone.

In Guinea sind alle 12.000 Schulen wieder geöffnet. Sierra Leone plant, den Schulbetrieb Ende März wieder aufzunehmen und begann eine Untersuchung zur Veruntreuung von Hilfsgeldern in Höhe von rund 5 Mio. Euro (ein Drittel der erhaltenen Gelder). Liberia öffnete am 16.02.15 wieder die ersten Schulen, hob die seit August 2014 geltende Ausgangssperre am 22.02.15 auf und kündigte an, die Grenzübergänge zu den Nachbarländern wieder zu öffnen.

Bis zur Ebola-Konferenz der EU am 03.03.15 beabsichtigen die drei Länder die Ausarbeitung eines gemeinsamen Plans zur wirtschaftlichen Erholung.

## **Mali**

### **Verhandlungen fortgesetzt**

Im Rahmen der am 16.02.15 begonnenen fünften Verhandlungsrunde zwischen der malischen Regierung und den Tuareg-Rebellen sowie der arabischen Rebellengruppe MAA in Algier unter Vermittlung der VN vereinbarten die Konfliktparteien am 19.02.15 eine sofortige Einstellung der Kämpfe. Kern der Verhandlungen ist nun die Ausgestaltung der Nordregion. Einigkeit besteht über die territoriale Einheit Malis bei gleichzeitiger Gewährung von lokalen Selbstbestimmungsrechten.

## **Tschad/Senegal**

### **Anklage gegen Ex-Diktator Habré**

Gegen den ehemaligen Präsidenten des Tschads wurde Anklage wegen Kriegsverbrechen, Folter und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben. Das Außerordentliche Afrikanische Gericht des Senegal und der AU hat den Prozessbeginn auf Mai/Juni 2015 angesetzt. Habré ist im Tschad wegen Putschversuchs in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Er weist die Anschuldigungen zurück und lehnt die Zuständigkeit des Gerichts ab. Das Verfahren ist das erste überstaatliche in Afrika.

## **EJR Mazedonien**

### **Plante Oppositionschef einen Staatsstreich?**

Regierungschef Nikola Gruevski von der national-konservativen VMRO-DPMNE wirft dem Oppositionsführer und Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Zoran Zaev (SDSM) vor, einen Staatsstreich vorbereitet zu haben. Der Pass Zoran Zaevs wurde konfisziert, „Komplizen“ verhaftet.

Zaev wies alle Beschuldigungen zurück. Die Behörden wollten damit vergeblich die Veröffentlichung von Beweisen der kriminellen Machenschaften der Regierung verhindern, erklärte er. Zaev beschuldigte Gruevski, für einen massiven Abhörskandal verantwortlich zu sein.

Die Ereignisse schlagen in Mazedonien hohe Wellen. Angesichts der Verschlechterung des politischen Dialogs hat die EU Besorgnis geäußert und die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze angemahnt. Der frühere EU-Gesandte für Jugoslawien Carl Bildt sagte, der Vorwurf eines Putschversuchs sei „weit hergeholt“.

Gruevski ist seit Mitte 2006 an der Macht. Die Sozialdemokraten boykottieren das Parlament seit beinahe einem Jahr aufgrund angeblichen Wahlbetrugs bei der letzten Parlamentswahl. Regierungschef Gruevski, der zunehmend autoritär regiert, sieht sich verstärkt in der Kritik.

## **Ukraine**

### **Lage im Osten**

Ukrainische Truppen und prorussische Separatisten haben sich auch nach Beginn der vereinbarten Waffenruhe am 15.02.15 um 00:00 Uhr erneut Kämpfe um den Verkehrsknotenpunkt Debalzewo geliefert. Die ukrainische Regierung weigerte sich am 16.02.15 Debalzewo aufzugeben und lehnte das Angebot der Separatisten, einen Korridor für den Rückzug der Truppen zu öffnen, mit der Begründung ab, Debalzewo sei unter Kontrolle der Armee. Außerdem weigerten sich beide Parteien, ihr schweres Kriegsgerät aus Debalzewo abziehen, obwohl dies im Minsker Abkommen vereinbart war. Die Separatisten begründeten ihren weiteren Kampfeinsatz in Debalzewo damit, dass dieses ihnen gehöre und darum nicht unter die Waffenstillstandsvereinbarung falle. Der Kampf der Separatisten um Debalzewo setzte sich am 17.02.15 fort, ein großer Teil der Stadt befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits unter ihrer Kontrolle. Am 18.02.15 wurde die Stadt von den Separatisten eingenommen. Beim Abzug der ukrainischen Truppen aus Debalzewo wurden nach ukrainischen Angaben sechs Soldaten getötet, mehr als 100 wurden verletzt, mindestens 90 Soldaten wurden gefangen genommen und 82 weitere wurden vermisst.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatschef François Hollande haben zusammen mit Russlands Präsident Wladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko einen Bruch des vereinbarten Waffenstillstands in der Ostukraine gerügt und gefordert, dass alle im Abkommen von Minsk am 12.02.15 vereinbarten Maßnahmen umgesetzt werden müssten.

Am 19.02.15 traf zum ersten Mal ein Hilfskonvoi der Vereinten Nationen mit vier Lastwagen ein, auch das Flüchtlingswerk UNHCR und das Kinderhilfswerk UNICEF der Vereinten Nationen waren an dem Konvoi beteiligt.

Am 20.02.15 überquerten nach Angaben eines ukrainischen Militärsprechers mehr als zwanzig russische Panzer die Grenze zur Ukraine und näherten sich der von prorussischen Separatisten besetzten Stadt Nowoasowsk südöstlich von Mariupol. Außerdem seien auch zehn Raketenwerfersysteme und mehrere Busse mit Kämpfern über die Grenze gebracht worden. Die Küstenstadt Mariupol ist von strategischer Bedeutung, da sie zwischen der Grenze und der von Russland annektierten Krim liegt. Trotz des vereinbarten Waffenstillstands lieferten sich im Osten der Ukraine Regierungstruppen und prorussische Separatisten auch am 20.02.15 Kämpfe.

Am 21.02.15 tauschten ukrainischen Streitkräfte und die prorussischen Separatisten rund 190 Gefangene aus. 139 ukrainische Soldaten und 52 prorussische Separatisten wurden an der Frontlinie in der Region Lugansk der jeweils anderen Konfliktpartei übergeben.

Am 22.02.15 wurde berichtet, dass die prorussischen Separatisten mit dem Abzug schwerer Waffen beginnen wollen und dass dieser Prozess zwei Wochen dauern werde.

### **Anschlag in Charkiw**

Während eines Gedenkmarsches für die Maidanopfer in der ostukrainischen Stadt Charkiw, an dem sich etwa 500 Menschen beteiligt hatten, ereignete sich am 22.02.15 eine Explosion. Es soll zwei Todesopfer gegeben haben. Das ukrainische Innenministerium bestätigt einen Toten und zehn Verletzte, davon ein Polizist. Nach Augenzeugenberichten war ein explosiver Gegenstand 100 Meter vom Sportpalast platziert. Die Explosion ereignete sich, als sich die Teilnehmer des Gedenkmarsches gerade in Bewegung setzten. Die ukrainische Polizei verurteilte den Anschlag als Terrorakt. Charkiw liegt etwa 40 Kilometer von der russischen Grenze entfernt und wird von der ukrainischen Zentralregierung kontrolliert. Nach dem Bombenattentat wurden in Charkiw vier Tatverdächtige festgenommen. Bei ihnen wurde ein Granatwerfer gefunden.

## **Aserbaidshon**

### **Familienmitglieder von Auslandsdemonstranten verhaftet**

Nachdem am 21.01.15 mehrere Aserbaidshoner gegen den Besuch von Präsident Alijev in Berlin demonstriert haben, wurden in ihrer Heimat Familienmitglieder festgenommen. Sie werden unter Anschuldigungen, wie Drogenbesitz, in Untersuchungshaft gehalten. Wieder freigekommenen Familienmitgliedern habe die Polizei zu verstehen gegeben, dass die Festnahmen mit der Demonstration in Deutschland zu tun hätten.

Am 18.02.15 wurde die Untersuchungshaft der Menschenrechtsaktivistin Leyla Yunus um fünf Monate verlängert. Die regimekritische Aktivistin und Direktorin des Instituts für Freiheit und Demokratie Leyla Yunus wurde im Juli und ihr Ehemann und Historiker Arif Yunus im August verhaftet. Ihnen wird Landesverrat, Steuerhinterziehung und illegales Unternehmertum vorgeworfen.

## **China**

### **Gewalt in Xinjiang**

Laut einem Bericht von Radio Free Asia vom 16.02.15 kam es im Kreis Guma (chinesisch: Pishan) in der Präfektur Hotan (Hetian) am 13.02.15 zu Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Sicherheitskräften, in deren Verlauf mindestens sieben Menschen getötet wurden. Ein Uigure soll einen Sprengkörper gezündet haben. Einzelheiten wurden nicht bekannt.

Bei einem weiteren Gewaltausbruch starben am 17.02.15 in der Präfektur Aksu (chinesisch: Akesu) insgesamt 17 Uiguren, darunter vier Polizisten und neun Angreifer. Vier Unbeteiligte wurden versehentlich von der Polizei erschossen. Der Vorfall ereignete sich laut Radio Free Asia als Polizisten während Hausdurchsuchungen in der Stadt Yaqaeriq (Yingairike) im Kreis Bay (Baicheng) angegriffen wurden.

## **Thailand**

### **Ex-Premierministerin der Korruption angeklagt**

Am 18.02.15 wurde gegen die frühere Premierministerin Yingluck Shinawatra Anklage wegen Korruption erhoben. Der vom Verfassungsgericht im Mai 2014 abgesetzten Shinawatra wird vorgeworfen, ihre Pflichten bei der Überwachung eines Reisankaufprogramms verletzt zu haben. Rund 3,5 Milliarden Euro sollen Angaben der Ermittler zufolge dabei verschwunden sein. Die Politikerin hat bisher alle Vorwürfe bestritten. Bei einer Verurteilung sind bis zu zehn Jahre Haft möglich.